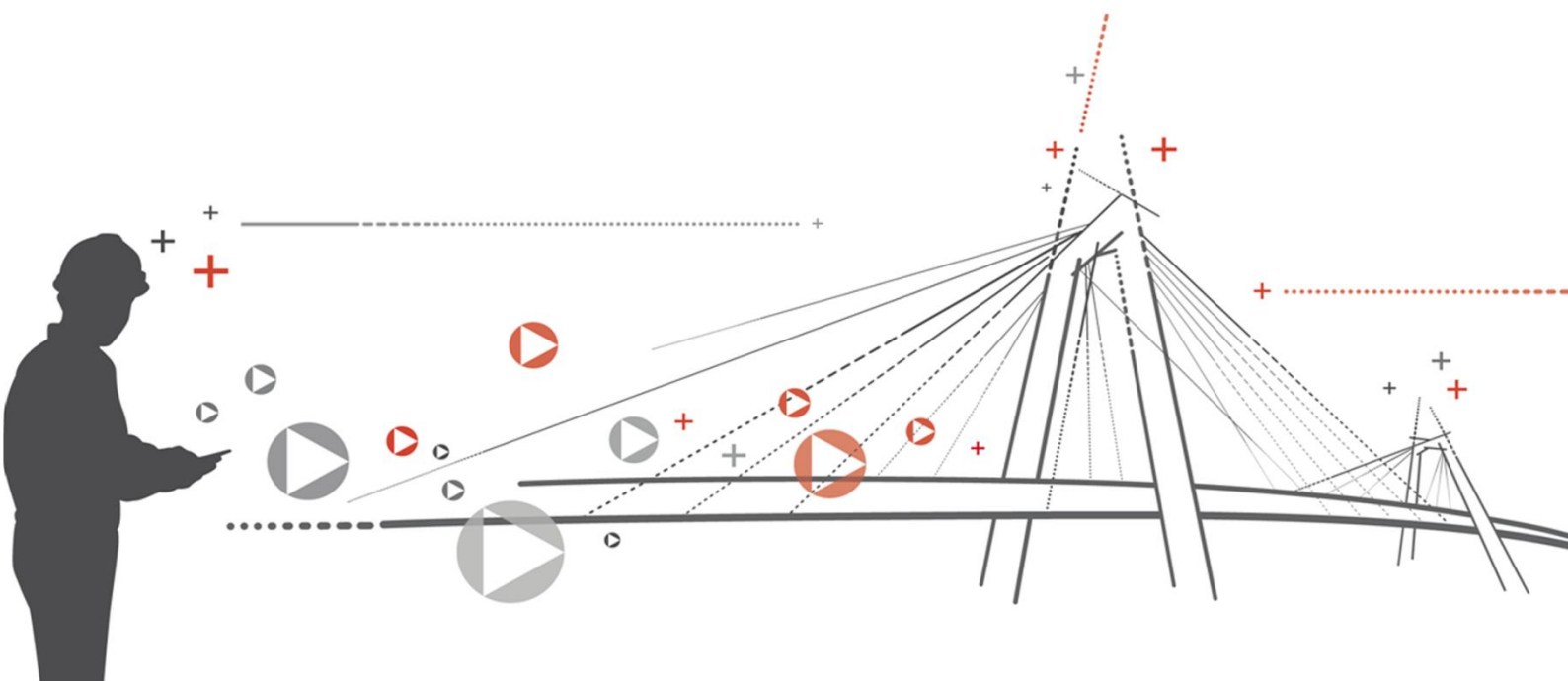




Parlamentsdienste 3003 Bern

usic Sessionsvorschau Herbst 2015

7. – 25. September



Inhaltsverzeichnis

Abkürzungen und Legenden.....	2
Agenda Herbstsession 2015	3
Eidgenössische Wahlen vom 18. Oktober	10

Abkürzungen und Legenden

Abkürzungsverzeichnis

Parlamentsgeschäfte

BRG	Geschäft des Bundesrats
Pa.Iv.	Parlamentarische Initiative
Kt.Iv.	Standesinitiative
Mo.	Motion
Po.	Postulat
Ip.	Interpellation
A.	Anfrage
Pet.	Petition

Eidgenössische Organe

BR	Bundesrat
NR	Nationalrat
SR	Ständerat
APK	Aussenpolitische Kommission
FK	Finanzkommission
GPK	Geschäftsprüfungskommission
KVF	Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen
RK	Kommission für Rechtsfragen

Fraktionen

BD	BDP-Fraktion
CE	CVP/EVP-Fraktion
RL	FDP-Liberale Fraktion
G	Grüne Fraktion

Quellen

Curia Vista Geschäftsdatenbank
Amtliches Bulletin – die Wortprotokolle

Behandlungskategorien

I	freie Debatte
II	organisierte Debatte
IIIa	Fraktionsdebatte
IIIb	Verkürzte Fraktionsdebatte
IV	Kurzdebatte
V	schriftliches Verfahren
SGK	Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit
SiK	Sicherheitspolitische Kommission
SPK	Staatspolitische Kommission
UREK	Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie
WAK	Kommission für Wirtschaft und Abgaben
WBK	Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats
-N	des Ständerats
-S	
GL	Grünliberale Fraktion
S	Sozialdemokratische Fraktion
V	Fraktion der Schweizerischen Volkspartei ohne Fraktionszugehörigkeit
-	

parlament.ch/d/dokumentation/curia-vista/Seiten/default.aspx
parlament.ch/ab/frameset/d/index.htm



Dringlicher Handlungsbedarf



Handlungsbedarf



Aktives Monitoring



Passives Monitoring

Herausgeber:

Schweizerische Vereinigung Beratender Ingenieurunternehmungen usic
Effingerstrasse 1, Postfach 6916, 3001 Bern
Telefon: +41 31 970 08 88, Fax: +41 31 970 08 82, E-Mail: usic@usic.ch
www.usic.ch
www.iningenieursteckt.ch
www.facebook.com/usic.ch
www.twitter.com/usic_ch

Rückmeldungen und Auskünfte:

Laurens Abu-Talib
Telefon: +41 31 970 08 88
E-Mail: laurens.abu-talib@usic.ch

usic

Union Suisse des Sociétés d'Ingenieurs-Consultants
Schweizerische Vereinigung Beratender Ingenieurunternehmungen
Unione Svizzera degli Studi e Consulenti d'Ingegneria
Swiss Association of Consulting Engineers
Member of FIDIC and EFCA

ÖFFENTLICHE INTERESSEN

Montag, 7. September 2015
Nationalrat Prioritäre Behandlung

14.451 – Pa.Iv. Müri (SVP/LU)

Fonds für eine Qualifizierungsoffensive in der beruflichen Grundbildung von Bund, Kantonen und Organisationen der Arbeitswelt

Inhalt: 1. Der Bund unterstützt die Kantone bei einer mehrjährigen Qualifizierungsoffensive im Berufsbildungsbereich, namentlich in der beruflichen Grundbildung.

2. Der Bund soll während vier Jahren jährlich maximal 50 Millionen Schweizerfranken für die Qualifizierungsoffensive den Kantonen zur Verfügung stellen. Diese finanzieren damit die Bildungskosten sowie allfälligen Erwerbsersatz für Qualifizierungswillige im Bereich Nachholbildung und Berufsintegrationsmassnahmen (u. a. Nachholen eines Berufsabschlusses, arbeitsmarktorientierte Förderung der Grundkompetenzen, Validierung, Wiedereinstieg usw.).

3. Der Finanzierungsschlüssel zwischen Bund und Kantonen ist analog der Projektfinanzierung (60 zu 40).

4. Die Qualifikationsoffensive wird von einer nationalen Informations- und Sensibilisierungskampagne begleitet.

5. Den Vollzug der Qualifikationsoffensive gewährleisten die Kantone in Zusammenarbeit mit den Organisationen der Arbeitswelt. Mitnahmeeffekte sind zu vermeiden.

6. Der Bund informiert jährlich über die Ergebnisse in den Kantonen.

Bisher: WBK-NR; Der Initiative wird Folge gegeben.

Stand der Beratung: Im Rat noch nicht behandelt.



FOLGE GEBEN. Der andauernde Fachkräftemangel macht die Schweizerische Planerbranche stark von ausländischen Fachkräften abhängig. Die Annahme der Zuwanderungsinitiative hat diesen Mangel noch verschärft. Umso wichtiger ist deshalb die rasche Förderung des inländischen Nachwuchses.

Freitag, 11. September 2015
Ständerat

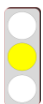
15.019 – BRG

Standortförderung 2016-2019

Inhalt: Mit 374,2 Mio. Franken sollen KMU-, Tourismus-, Regional- und Aussenwirtschaft gefördert werden.

Bisher: NR: Kürzung der E-Government-Finanzierung von 17,7 auf 12,4 Mio., Beibehaltung Exportförderung von 98,6 Mio., Förderung nachhaltiger Innovation in der Regionalpolitik.

Stand der Beratung: Behandelt vom Nationalrat.



E1 Art. 1 gemäss Bundesrat; E2 Art 1 gemäss Bundesrat; E3 Art. 1 gemäss Mehrheitsantrag; E5 Art. 5a: gemäss Nationalrat;. E7 Art. 1 gemäss Mehrheitsantrag. Die anhaltende Frankenstärke setzt inländische Anbieter unter Druck, weshalb dringend Massnahmen zur Effizienz- und Innovationssteigerung nötig sind. E-Government senkt den bürokratischen Aufwand. Die von der WAK-S beantragte Erhöhung der Tourismusförderung wird ebenfalls begrüsst.

Agenda

Herbstsession 15

QUALITÄT & UNTERNEHMENSFÜHRUNG

Dienstag, 8. September 2015
Nationalrat IIIb/IV

14.090 – BRG

OR. Firmenrecht. Änderung

Inhalt: Um die Unternehmensnachfolge zu erleichtern, werden die geltenden Vorschriften für die Bildung der Firma von Kollektiv-, Kommandit- und Kommanditaktiengesellschaften angepasst.

Bisher: SR: Beschluss nach Entwurf des Bundesrats.

Stand der Beratung: Behandelt vom Ständerat.



ZUSTIMMUNG. Besonders für KMU ist eine Weiterführung des Betriebs innerhalb der Familie von Bedeutung. Gleichzeitig können bürokratische Hürden gesenkt und somit die Effizienz gesteigert werden.

Donnerstag, 24. September 2015
Ständerat

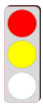
13.100 – BRG

OR. Verjährungsrecht

Inhalt: Zentrale Revisionspunkte sind die Verlängerung der relativen Verjährungsfrist von einem auf drei Jahre für Ansprüche aus Delikts- oder Bereicherungsrecht sowie die Einführung einer besonderen absoluten Verjährungsfrist von dreissig Jahren bei Personenschäden.

Bisher: NR: Beschluss abweichend vom Entwurf des Bundesrates.

Stand der Beratung: Behandelt vom Nationalrat.



ABLEHNUNG. Die usic hat Sympathie für das Anliegen von Betroffenen. Eine Verlängerung der Verjährungsfristen kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Beweisanforderungen unverändert bleiben. Für die Asbestopfer muss eine individuelle politische Lösung gefunden werden.

ENERGIE & UMWELT

Montag, 14. September 2015
Nationalrat I

14.019 – BRG

Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft). Volksinitiative und indirekter Gegenvorschlag

Inhalt: Als indirekten Gegenvorschlag zur eidgenössischen Volksinitiative "Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)" will der Bundesrat das Umweltschutzgesetz (USG) so ergänzen, dass in Zukunft die natürlichen Ressourcen effizienter genutzt werden.

Bisher: SR: Eintreten; Rückweisung an die Kommission. SR: Beschluss abweichend vom Entwurf des BR. NR: Eintreten (Stichentscheid).

Stand der Beratung: Behandelt vom Ständerat.



Volksinitiative: ABLEHNUNG. Indirekter Gegenvorschlag: ABLEHNUNG. Die usic begrüsst Bestrebungen hin zu einer ressourceneffizienten Gesellschaft. Massnahmen, welche einseitig die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft oder deren individuellen Handlungsspielraum einschränken müssen jedoch in Absprache mit dem Ausland erfolgen.

Donnerstag, 17. September 2015
Ständerat

13.4186 – Mo. Eberle Roland (SVP/TG)

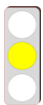
Zukunft des Netzbeschlusses

Inhalt: Der Bundesrat wird beauftragt:

1. Den Netzbeschluss möglichst bald in Kraft zu setzen, spätestens mit der Beschlussfassung des Parlamentes über den Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF).
2. Er wird aufgefordert, im Rahmen der Botschaft zur Schaffung eines NAF, zur Schliessung der Finanzierungslücke und zum Strategischen Entwicklungsprogramm Nationalstrasse auch die Finanzierung des Netzbeschlusses aufzunehmen.
3. Er zeigt dabei Finanzierungsvarianten auf zur Finanzierung des Mehrbedarfs.

Bisher: BR: Ablehnung. SR: Zuweisung an die KVF-SR.

Stand der Beratung: Im Rat noch nicht behandelt.



ZUSTIMMUNG. Der Netzbeschluss sollte im Rahmen der Neustrukturierung der Strassenfinanzierung in den NAF aufgenommen werden.

Agenda

Herbstsession 15

ENERGIE & UMWELT

Montag, 21. September 2015
Ständerat

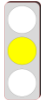
13.074 – BRG

Energiestrategie 2050, erstes Massnahmenpaket. Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie (Atomausstiegsinitiative). Volksinitiative

Inhalt: Ziel des ersten Massnahmenpakets ist der etappenweise Umbau der Schweizer Energieversorgung bis 2050, der insbesondere durch die Senkung des Energieverbrauchs und den zeitgerechten und wirtschaftlich tragbaren Ausbau der erneuerbaren Energien erreicht werden soll. Das erste Paket ist zudem ein indirekter Gegenvorschlag zur Atomausstiegsinitiative.

Bisher: NR: Beschluss abweichend vom Entwurf des Bundesrates.

Stand der Beratung: Behandelt vom Nationalrat.



DBG Art. 31a ff. Gemäss Nationalrat. Im Interesse einer raschen Modernisierung des Gebäudeparks sind steuerliche Anreize sowohl für Sanierungen als auch für Ersatzneubauten unumgänglich. Letztere sind je nach Gegebenheit die effizienteste Massnahme und dürfen deshalb steuerlich nicht schlechter gestellt werden.

MOBILITÄT & INFRASTRUKTUR

Donnerstag, 17. September 2015
Ständerat

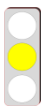
14.313 – Kt.IV. Bern

Prioritäre Berücksichtigung der Engpassbeseitigung Bern-Wankdorf-Muri

Inhalt: Der Bund wird aufgefordert, die Engpassbeseitigung Bern-Wankdorf-Muri (A6) prioritär zu behandeln und ins Modul II des Engpassbeseitigungsprogramms aufzunehmen.

Bisher: KVF-S: Keine Folge geben.

Stand der Beratung: Im Rat noch nicht behandelt.



FOLGE GEBEN. Der Kanton Bern leidet stark unter einer massiven Zunahme des Verkehrs. Insbesondere die Strecke Bern-Wankdorf bis Muri ist davon betroffen. Die erneute Zurückstufung des notwendigen Ausbaus hemmt eine nachhaltige Siedlungspolitik in einem der meistbefahrenen Regionen der Schweiz.

MOBILITÄT & INFRASTRUKTUR

Donnerstag, 17. September 2015
Ständerat

14.3152 – Mo. Fournier (CVP/VS)

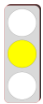
National bedeutsame Strasseninfrastruktur. Gesamtschau der Erweiterung und Finanzierung

Inhalt: Der Bundesrat wird beauftragt:

1. den Sachplan Verkehr vom 26. April 2006 für den Bereich Strasse umgehend umzusetzen und damit die Verantwortung vollständig wahrzunehmen, die der Bund seit der Einführung der neuen Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen im Jahr 2008 innehat;
2. die Modalitäten der Finanzierung der Strasseninfrastruktur so anzupassen, dass die Mittel gewährt werden können, die für die langfristige Finanzierung und den Unterhalt des Grundnetzes (Nationalstrassen) und des Ergänzungsnetzes (Schweizer Hauptstrassen) sowie für den Agglomerationsverkehr erforderlich sind.

Bisher: BR: Ablehnung. SR: Zuweisung an Kommission.

Stand der Beratung: Im Rat noch nicht behandelt.



ANNAHME. Eine Gesamtschau der zu erweiternden bedeutsamer Strasseninfrastrukturen sowie die Unterbreitung von Finanzierungsvorschlägen ist wichtig, um den zukünftigen Bedürfnissen der Mobilität gerecht zu werden. Dies soll im Rahmen des NAF behandelt werden.

Donnerstag, 10. September 2015
Nationalrat IIIa

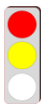
14.036 – BRG

Gütertransportgesetz. Totalrevision

Inhalt: Stärkung des Schienengütertransports durch Sicherung von Fahrrechten (Trassen) und Einbezug von Kantonen und Branchen in den Planungsprozess, Eigenwirtschaftlichkeit, Entbindung der gesetzlichen Pflicht der SBB zur Anbietung von Gütertransport, Verzicht auf Verlagerungsziel analog zum alpenquerenden Güterverkehr.

Bisher: NR: Abweichend vom BR.

Stand der Beratung: Behandelt vom Nationalrat.



ART. 8 GÜTG & ART. 18 MINERALÖLSTEUERGESETZ: FESTHALTEN GEMÄSS NATIONALRAT. Die finanzielle Förderung der Verkehrsinfrastruktur, einschliesslich Hafengebäuden, ist notwendig, um den zukünftigen Herausforderungen in der Transportlogistik zu begegnen. Neben Erweiterungen und Erneuerungen ist dem Werterhalt bestehender Infrastrukturen besonders Rechnung zu tragen.

MOBILITÄT & INFRASTRUKTUR

Donnerstag, 17. September 2015
Ständerat

15.023 – BRG

Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF). Schliessung der Finanzierungslücke und Strategisches Entwicklungsprogramm Nationalstrassen

Inhalt: Verankerung eines Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds in der Bundesverfassung unter Beibehaltung der Spezialfinanzierung des Strassenverkehrs und Schliessung der Finanzierungslücke (Entwurf 1). Strategisches Entwicklungsprogramm analog zu Bahnprojekten, unbefristete Finanzierung der Bundesbeiträge für Agglomerationsprogramme über den Fonds.

Bisher: FK-S: Mitbericht. KVF-S: Eintreten (einstimmig), abweichend.

Stand der Beratung: Im Rat noch nicht behandelt.



ZUSTIMMUNG. Die maximal vorgesehene Zweckbindung der Mineralölsteuer von 55 Prozent erachtet die usic als Minimum. Sie unterstützt eine moderate Erhöhung des Mineralölsteuereinzuschlags. Einer Herausnahme des Netzbeschlusses stimmt die usic nur unter der Bedingung zu, dass dieser mit grösster Priorität aufgegleist wird.

Donnerstag, 17. September 2015
Ständerat

14.319 – Kt.lv. Aargau

Ausbau der A1 im Kanton Aargau auf sechs Spuren mit höchster Priorität

Inhalt: Der Grosse Rat des Kantons Aargau ersucht die Bundesversammlung, dafür zu sorgen, dass die Nationalstrasse A1 im Kanton Aargau im Abschnitt Aarau Ost bis Birrfeld bis ins Jahr 2030 auf sechs Spuren ausgebaut wird.

Bisher: KVF-S: Keine Folge geben.

Stand der Beratung: Im Rat noch nicht behandelt.



FOLGE GEBEN. Der Kanton Aargau leidet stark unter einer massiven Zunahme des Verkehrs. Der im Rahmen des PEB II vorgesehene Kapazitätsausbau bis 2040 kommt zu spät und ist deshalb so rasch wie möglich in Angriff zu nehmen.

Donnerstag, 17. September 2015
Ständerat

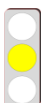
13.440 – Pa.lv. Müri (SVP/LU)

Bundesbeschluss über das Nationalstrassennetz

Inhalt: Der Bundesbeschluss über das Nationalstrassennetz (Netzbeschluss) ist in Kraft zu setzen. Gleichzeitig ist der Bundesrat zu beauftragen, die übernommenen Mehrkosten für den Unterhalt dieser Strassenstücke über die nichtwerkgebundenen Beiträge an die Kantone zu kompensieren. Die Kompensation ist pro Kanton entsprechend den übernommenen Strecken bzw. Unterhaltskosten festzulegen. Die Kosten für die Netzergänzungen sind über die Strassenfinanzierung gemäss Artikel 86 der Bundesverfassung zu finanzieren.

Bisher: KVF-N: Keine Folge geben (13 zu 12) NR: Folge gegeben. KVF-S: Keine Zustimmung.

Stand der Beratung: Behandelt vom Nationalrat.



FOLGE GEBEN. Die Förderung einer vorsorglichen Werterhaltstrategie bei der Infrastruktur auf Kantons- und Gemeindeebene ist wichtig, um langfristig Kosten zu sparen. Die usic begrüsst deshalb eine rasche Umsetzung des Netzbeschlusses.

MOBILITÄT & INFRASTRUKTUR

Donnerstag, 17. September 2015
Ständerat

15.3799 – Mo. KVF-SR
Netzbeschluss und E-Vignette

Inhalt: Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament bis Ende 2017 eine Vorlage zur Einführung der E-Vignette vorzulegen. Er orientiert sich dabei nach Möglichkeit am Prüfbericht, welcher in Erfüllung des Postulats 14.4002 "Für eine elektronische Erhebung der Nationalstrassenabgabe" erarbeitet wird. In der Vorlage ist die Verknüpfung der E-Vignette mit der Inkraftsetzung des Bundesbeschlusses über das Nationalstrassennetz (Netzbeschluss 2012 ohne die Netzergänzungen Glatttal und Morges) abzubilden. Dabei sind die Preise für die E-Vignette so auszugestalten, dass die - nicht von den Kantonen kompensierten Mehrkosten des Bundes - gedeckt sind.

Stand der Beratung: Im Rat noch nicht behandelt.



BEDINGTE ZUSTIMMUNG. Die Ablehnung der Vignettenerhöhung von 2013 zeigt die Schwierigkeit der politischen Durchsetzung. Der Netzbeschluss sollte deshalb wenn möglich innerhalb des NAF finanziert werden. Scheitert dies, kann das Anliegen wieder aufgenommen werden.

Dienstag, 22. September 2015
Nationalrat IIIb

15.022 – BRG
Immobilienbotschaft VBS 2015

Inhalt: Die Immobilienbotschaft VBS 2015 umfasst Verpflichtungskredite für 467,61 Millionen Franken. Der Betrag setzt sich aus einem Gesamtkredit von 455,28 Millionen Franken und einem für das Armeelogistikcenter Monte Ceneri vorgesehenen Zusatzkredit von 12,33 Millionen Franken zusammen. Schwerpunkte bilden die Investitionen in die Ausbildungs- und Einsatzinfrastruktur der Armee.

Bisher: SR: Beschluss nach Entwurf des Bundesrats.
























Stand der Beratung: Behandelt vom Ständerat.



ZUSTIMMUNG. Die Sanierung und Instandhaltung der militärischen Infrastruktur ist ein wesentlicher Bestandteil einer glaubwürdigen und einsatzfähigen Armee. Der Schwerpunkt soll dabei auf die energetische Sanierung der Gebäude gesetzt werden.

Eidgenössische Wahlen: 18. Oktober 2015

Die usic empfiehlt folgende Kandidierende zur Wahl in den National- und Ständerat:

<p>AARGAU</p>  <p>Corina Eichenberger-Walther Nationalrätin Mitglied VR Rapp AG FDP, Aargau bisher</p>	 <p>Beat Flach Nationalrat Jurist sia glp, Aargau bisher</p>	 <p>Dominik Riner Niederlassungsleiter Porta AG, Lenzburg SVP, Aargau neu</p>	<p>BERN</p>  <p>Jürg Grossen Nationalrat Elektroplaner und Geschäftsführer glp, Bern bisher</p>	 <p>Hans Grunder Nationalrat VR-Präsident Grunder Ingenieure AG BDP, Bern bisher</p>	 <p>Christa Markwalder Nationalrätin Juristin Zürich Insurance Group FDP, Bern bisher</p>	 <p>Christian Wasserfallen Nationalrat Dipl. Masch.-Ing. FH FDP, Bern bisher</p>	 <p>Marten Bigler Bauingenieurin und Projektleiterin BG-21 FDP, Bern neu</p>
 <p>Lea Kusano Wissenschaftliche Mitarbeiterin usic SP, Bern neu</p>	<p>BASEL-STADT</p>  <p>Christian Egeler Stv. Abteilungsleiter Rapp Trans AG, Basel FDP, Basel-Stadt neu</p>	<p>FREIBURG-FRIBOURG</p>  <p>Ursula Schneider Schüttel Nationalrätin Anwältin, Vize-Stadt- präsidentin Murten SP, Freiburg bisher</p>	<p>GRAUBÜNDEN</p>  <p>Martin Candinas Nationalrat Leiter Verkaufskoordi- nation Helsana Chur CVP, Graubünden bisher</p>	 <p>Martin Schmid Ständerat Rechtsanwalt FDP, Graubünden bisher</p>	<p>TESSIN</p>  <p>Dr. Giovanni Merlini Nationalrat Rechtsanwalt und Notar FDP, Tessin bisher</p>	<p>WAADT</p>  <p>Olivier François Nationalrat Ing. EPFL sia / SATW Stadtrat Lausanne FDP, Waadt bisher</p>	 <p>Félix Schmidt Ing. und Dozent EPFL FDP, Waadt neu</p>
<p>WALLIS</p>  <p>Yannick Buttet Nationalrat und Gemeindepräsident Collombey-Muraz CVP, Wallis bisher</p>	 <p>Jean-René Fournier Ständerat CVP, Wallis bisher</p>	<p>ZÜRICH</p>  <p>Beat Walti Nationalrat VR-Mitglied Edy Toscano AG FDP, Zürich bisher</p>	 <p>Thomas Weibel Nationalrat Dozent ZFH glp, Zürich bisher</p>	 <p>Michael De Vita-Läubli Zeichner-Konstrukteur ewp AG jglp, Zürich neu</p>	 <p>Cornelia Keller Personalberaterin BDP, Zürich neu</p>	 <p>Rico Keller ETH Student Biologie / Praktikant Pöyry Schweiz AG BDP, Zürich neu</p>	